



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Die Großdeutschen und die Demokraten.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

sich vor einer Niederlage zu schützen. Als Herr Baillie einen Antrag auf ein Tadelsvotum in der Ceylon'schen Angelegenheit stellte, erklärte der edle Lord sofort, daß er von der Annahme dieses Antrages das Schicksal des Cabinets abhängig mache, worauf Herr Baillie aus Rücksicht auf den kritischen Stand der parlamentarischen Geschäfte seinen Antrag zurücknahm. Freilich ist Lord Torrington, der zu tadelnde Gystatthalter von Ceylon, ein naher Verwandter Lord J. Russells.

In diesem Lichte zeigt sich uns das Whigministerium, seitdem es wieder ins Amt getreten ist. Ueberall beseelt von dem Bestreben, nur durch Furcht vor einem gegnerischen Ministerium die unbotmäßig gewordenen Anhänger wieder zu gewinnen; nirgends sieht man einen Versuch, eine große Partei durch eine Maßregel von allgemeiner nationaler Bedeutung um sich zu schaaren, und überall die Neigung, widerstandslos auf dem Rücken einer launenhaften Majorität der Prorogation entgegenzuschaukeln, wenn nur die Klippe der Budgetsverweigerung vermieden wird. Daß dabei seine Popularität, und namentlich die seines Führers, nicht gewinnt, ist natürlich. Immer lauter werden die Klagen, daß die leitenden Staatsmänner der Whigs, so groß ihre frühern Verdienste um die Freiheit Englands sind, sich jetzt abgenutzt haben, und lieber für das Interesse ihrer Partei, als für das Wohl des Landes sorgen; daß sie mit scharfer Eifersucht auf aufkommende Talente blicken, anstatt sie mit Eifer anzuwerben, wo sie durch einen Fortschritt in der Gesetzgebung oder eine Reform in der Verwaltung leicht zu gewinnen wären; daß sie bei Anstellungen von großer Wichtigkeit sich von den niedrigsten Parteirücksichten leiten lassen, und daß sie, selbst unfähig oder nicht geneigt zum Erfinden praktischer Gesetze, welche den Bedürfnissen des Volkes abhelfen oder zuvorkommen, Andere vom Handeln abhalten, welche die Forderungen der Zeit kennen, und Muth und staatsmännische Weisheit genug haben, um sie zu befriedigen. Mehr und mehr wünscht man, daß die ältern Mitglieder der Whigpartei sich vom politischen Schauplatz zurückziehen, und die noch nicht abgenutzten jüngern Kräfte sich mit den energischen und praktischen Peeliten vereinigen möchten, und die Erklärung Sir J. Grahams, in eine Erweiterung des Wahlrechts willigen zu wollen, ist schon ein bedeutender Schritt in dieser Richtung.

Die Großdeutschen und die Demokraten.

Der Eintritt Oesterreichs in den Deutschen Bund, von Professor Bülow.
Erfahrungen aus den letzten drei Jahren. Ein Beitrag zur Kritik der Mittelparteien,
von v. Arnub.

Wir lassen uns bei der Kritik unsrer Gegner nicht weiter auf eine revue rétrospective ein. Die Geschichte der letzten Jahre ist nun nach allen Seiten

hin und von den Standpunkten sämmtlicher Parteien so vielseitig durchsprochen, und dabei hat sich doch jeder Einzelne im Publicum so vollständig in die Behauptungen seiner Partei vertieft, daß es ebenso wenig möglich wäre, etwas erheblich Neues zu sagen, als die Gegner aus ihren Vorurtheilen zu reißen. Die Reaction wie die Demokratie sind fest davon überzeugt, daß sie sich überall als Helden gezeigt haben, und man kann der ersten ihr Verhalten im März, der letztern, namentlich der Berliner Demokratie, ihr Verhalten im November hundertmal ins Gedächtniß zurückerufen, sie stimmen doch sogleich wieder das alte Lied an. Es wird auch mit solchen Vorwürfen im gegenwärtigen Augenblicke Nichts ausgerichtet, da die letzten Jahre bereits der Geschichte angehören. Dagegen ist es von Wichtigkeit, sich über die gegenwärtige Stellung der Parteien klar zu machen. Es könnte sich leicht ergeben, daß gerade diejenigen Parteien, deren vereinzelte Wortführer am Lautesten sind, nur in der Einbildung existiren.

Zu einer politischen Partei gehört zweierlei: einmal ein bestimmtes positives Princip, in dessen Verfolgung ein bedeutender Theil des Volks einig ist, und das für den Augenblick wenigstens eine gemeinsame Geltung und Operation verstatet.

Es gehört zweitens zum Kennzeichen einer politischen Partei, sofern dieselbe nicht die Regierung in Händen hat, daß sie unter Führern steht, die augenblicklich nach dem Stürze ihrer Gegner die Staatsregierung übernehmen können. Das Letztere ist in Deutschland unendlich schwieriger, als in Frankreich. Man nimmt überhaupt viel zu leicht die Französischen Zustände zum Vorbild und Muster der unsrigen, ohne an den wesentlichen Unterschied der beiderseitigen Verhältnisse zu denken, und zwar geschieht das von den Absolutisten so gut wie von den Republikanern. Bei dem Mechanismus der Verwaltung, wie er in Frankreich besteht, wo die Unselbstständigkeit und der Servilismus der Beamten einerseits und die vollständige gedankenlose Indifferenz der Bürgerschaft andererseits einer, wenn auch noch so kleinen, energischen politischen Partei freien Spielraum gewähren, war es möglich, daß die Socialisten, die in ihren geheimen Gesellschaften über eine vollständige Organisation disponirten, nicht allein die bestehende Staatsform umstürzten, sondern auch ein Paar Monate hindurch, so gut oder so schlecht es gehen wollte, die Regierung führten. Etwas Aehnliches ist in Deutschland unmöglich. Wenn die demokratische, d. h. die außerhalb des bisherigen Staatslebens stehende Partei durch einen Handstreich die Oestreichische oder Preussische Regierung stürzte, so würde sie nicht acht Tage lang an der Spitze bleiben können, denn sie würde nirgend Gehorsam finden, und wenn es ihr auch gelänge, durch einen Zauberschlag die gesammte Bureaufkratie und das gesammte Militair auszuwotten, so würde sie nicht im Stande sein, selber die Geschäfte zu führen, weil sie keine Einsicht darin besitzt. Von der unendlichen

Schwierigkeit vollends, die verschiedenen Staaten Deutschlands durch einen energischen Brennpunkt in einen Einheitsstaat zu verwandeln, will ich hier gar nicht reden.

In Deutschland kann die politische Partei, welche eine Reform des Staatslebens anstrebt, nur aus der Mitte Derjenigen hervorgehen, die sich bereits vorher am Staatsleben betheiligt haben. Innerhalb dieses Kreises giebt es aber nur zwei politische Parteien, die von einem bestimmten Princip ausgehen: die reactiv-naire, welche die alten Verhältnisse zu Gunsten der bevorrechtigten Klassen festhalten und soviel als möglich consolidiren will, und die constitutionelle oder unitarische, die mit möglichster Schonung des Bestehenden die Formlosigkeit des bisher bestehenden Deutschen Föderativverbands durch einen kühnen Schritt aufheben will. Zwischen beiden liegen allerdings eine Menge von zum Theil ganz achtungswerthen und wohlmeinenden Politikern, bei denen aber die verschiedenen Gesichtspunkte sich so widersprechen, daß sie sich zu einem einheitlichen Willen nicht entschließen können. Die erste dieser Parteien richtet natürlich ihre Hoffnungen vorzugsweise auf Oestreich, da dieser Staat nicht bloß durch die augenblickliche Laune seiner Machthaber, sondern durch die Nothwendigkeit seiner Lage zum Träger der Stabilität in Deutschland bestimmt ist; die andere auf Preußen, weil dieses auch gegen den Willen seiner augenblicklichen Machthaber im Lauf der Geschichte genöthigt werden muß, das Princip der Bewegung, der Reform, der Eroberung durchzuführen.

Jede dieser Parteien hat ihre Doctrinaires, die man keineswegs mit der Partei selbst verwechseln darf. Nicht einmal die sämmtlichen Mitarbeiter der Kreuzzeitung werden auf die Doctrinen des Rundschauers schwören, und noch viel weniger wird sich die Oestreichische Regierung von den Großdeutschen Schreibern, die sich als ihre Protectoren geberden, nach irgend einer Seite hin bestimmen lassen. So ist auch bei unsern Doctrinaires die Idee des parlamentarischen Schematismus und der ununterbrochenen Continuität der Rechtsentwicklung zuweilen auf eine übertriebene Weise geltend gemacht worden, und die Sache ist hinter die Form zurückgetreten. Eine Kritik dieser Doctrinaires darf also der Partei selbst nicht unwillkommen sein, und es ist nur zu natürlich, daß sie gerade von den Doctrinaires der entgegengesetzten Parteien am Leidenschaftlichsten ausgeübt wird. Je gebildeter dieselben sind, um so mehr kann man von ihnen lernen.

Die Ungebildetsten sind die Großdeutschen. Herr Bülow, der Verfasser der ersten der genannten Schriften nennt uns (die Bincke, die Camphausen, die Gagern u. s. w.) „eine nie zu ersättigende, nie zu versöhnende, aus Falschheit, Treulosigkeit und Undankbarkeit zusammengesetzte Partei,“ welche Prädicate ungefähr so zutreffen, als wenn er uns Diebe, Ehebrecher und Mörder genannt hätte. Er versichert, daß wir „auf dem Gemisch der unter Oestreichs Scepter lebenden Nationalitäten herumreiten,“ was für uns ebenso unbequem wäre, als für jene

Nationalitäten. Er macht ferner die Entdeckung, daß an unserm Widerstande die Dresdner Conferenzen gescheitert wären, was weit über unsre Erwartung hinausgeht, da wir uns einen solchen Einfluß wenigstens im gegenwärtigen Augenblicke kaum zugetraut hätten. Aus diesem bodenlosen Unsinne können wir Nichts lernen. Dagegen ist es interessant, die Auffassung zu verfolgen, welche der Großdeutsche Professor mit seiner Oestreichischen Hegemonie verbindet, einzelne Extravaganzen, z. B. die Vorstellung von dem Banus von Kroatien in der Uniform eines Deutschen Reichsdeputirten, abgerechnet. Herr Bülow sucht nachzuweisen, daß weder das Ausland von Oestreichs Hegemonie Etwas zu fürchten hätte, denn der mitteleuropäische Kaiserstaat wäre eine viel zu ungelente Masse, um nach außen hin gebraucht werden zu können, noch die Deutschen Fürsten, in deren Besitzstand die Oestreichische Regierung keinen weiteren Eingriff thun würde, als daß sie von ihnen Ruhe und Stabilität verlangte und allenfalls einen Nachhalt in ihren Italienischen Streitigkeiten. Diese Ansicht ist vollkommen richtig und bedurfte keines Beweises; gerade weil wir sie theilen, haben wir uns nicht bloß gegen die Oestreichische Hegemonie, sondern gegen ein weiteres Vordringen Oestreichs in den Deutschen Bund überhaupt opponirt. Hätte Oestreich den Willen und die Kraft, über jene armseligen Attribute des Präsidiums hinauszuweichen, wäre es im Stande, aus Deutschland einen wirklichen Einheitsstaat zu machen, so würden sich von unsrer Partei Viele finden, die ebenso für Oestreich in die Schranken träten, als jetzt für Preußen, auch wenn es nur mit schweren Opfern geschehen könnte, nicht aus Vorliebe für den einen oder für den andern Staat, sondern aus dem Bewußtsein einer innern Nothwendigkeit.

Oestreich ist es aber nicht im Stande, und darum kann seine Einnischung in die Deutschen Verhältnisse unsre Entwicklung nur hemmen und sie zu einer gewaltsamen Krisis hindrängen. Allerdings sind wir der Ansicht, daß für den Augenblick der Eintritt Oestreichs in den Deutschen Bund nur eine nominelle Veränderung wäre, aber es kommt darauf an, daß man in dem gegenwärtigen Augenblicke mit allen Illusionen bricht. Die Preussische Zeitung hat ganz richtig bemerkt, daß der Hauptgewinn der Dresdner Conferenzen der wäre, daß man eine klare Einsicht in die vollständige Erfolglosigkeit der bisherigen Anstrengungen erlangt habe. Es wäre aber eine Illusion, wenn man glaubte, daß Deutschland durch jenen Eintritt irgend Etwas gewinnen könnte. Oestreich kann sich niemals dazu verstehen, seine Italienischen Verhältnisse vom Deutschen Bunde entscheiden zu lassen; es bleibt also nach dieser Seite hin vollständig unabhängig, und Deutschland legt sich nur Verpflichtungen auf, ohne irgend einen Einfluß dadurch zu erlangen. Eben so wenig kann Oestreich mit Ernst und Energie an die Spitze der Deutschen Nationalangelegenheiten treten, wohin ich z. B. rechne den Schutz Schleswig-Holsteins, die Aufhebung des Sundzolls und der Russischen Grenzsperr; in allen diesen Fragen müßte es Preußen für sich handeln lassen,

und Preußen wird auch bei dem besten Willen sich auf die Länge nicht dazu hergeben können, der bloße Executor Oestreichs zu sein. Ferner wird an den Projecten einer allgemeinen Deutschen Handels- und Zollvereinigung durch den Eintritt Oestreichs Nichts geändert, es wird dadurch nur die Illusion genährt, daß man in diesem Felde auf dem Wege der Bundesgesetzgebung Etwas leisten könne. Dieser verkehrtesten aller Illusionen, welche die Geschichte des Bundestags, so wie der Nationalversammlung schon längst hätte widerlegen können, tritt die Preußische Regierung mit der ganz richtigen Idee eines Vertrages zwischen einzelnen Staaten entgegen, und wir stimmen ihr in diesem Princip vollkommen bei, so wenig wir Ursache haben, in andern Fragen auf ihrer Seite zu stehen. Wir thun es mit um so größerer Hoffnung, da Preußen seit dem Jahre 47 doch immer einen Schritt weiter in der constitutionellen Entwicklung gethan hat, während andere Staaten darin zurückgegangen sind. So ist z. B. unter den Zusatzartikeln zur Sächsischen Verfassungsurkunde ganz beiläufig die Bestimmung aufgenommen, daß die Steuern von der Kammer als bewilligt anzusehen wären, wenn nicht zwei Drittel der Mitglieder sich dagegen erklärten. Eine derartige Bestimmung ist doch nicht einmal in der Preußischen revidirten Verfassung, und man kann sie als eine interessante Bereicherung der constitutionellen Theorie überhaupt betrachten.

Wir wenden uns jetzt zu den Demokraten; ein Collectivbegriff, bei dem man, wenigstens was Preußen betrifft, sich nicht viel Anderes vorstellen kann, als entweder die Summe der Individuen, welche sich im Jahre 1849 der Wahlen enthielten, oder der Abonnenten der Nationalzeitung. Daß die erstere, negative Gemeinsamkeit noch keinen Maßstab für die Kräfte der Partei geben kann, haben die entschiedeneren demokratischen Blätter selber zugegeben, und das Letztere dürfte auch kein untrügliches Kriterium sein, denn die Nationalzeitung ist wenigstens in neuerer Zeit ein gut geschriebenes Blatt, welches sowol durch seine ruhige, anständige Haltung den Spießbürger erbaut, als durch das höhere Bewußtsein, mit dem es in gottähnlicher Ruhe dem Gewühl der streitenden Parteien zuschaut, ungefähr wie der Deutsche Zeitungsleser des vorigen Jahrhunderts, wenn er von den Kriegen zwischen dem Großtürken und dem Moskowiter hörte. Zwar hat jene einzige That der Demokratie den großen Vortheil gehabt, daß seit dem Jahre 1849 die Demokraten sich als Solidarität betrachten konnten, weil der Eine von ihnen Nichts that, und der Andere ihm dabei half, allein es dürfte doch einmal eine Zeit kommen, wo sich die Einzelnen zu einer positiven Thätigkeit angeregt fühlten, und dann würde sich sehr bald das Illusorische dieser Solidarität herausstellen. Von den Ementiers von Profession würden sich die soliden Demokraten ohnehin sehr bald trennen, wie es ja auch im Jahre 1848 geschehen ist, und die übrigen würden nach einer positiven, unmittelbar auszuführenden Idee verlangen, auf die sie ihr Streben richten könnten. Herr v. Unruh, der sich seit seinem

Novemberpräsidium als den Chef der Partei zu betrachten scheint, hat in seiner neuesten Kritik der Mittelparteien versucht, ein solches Panier aufzupflanzen. Er verwirft mit Verachtung die Vermittlungsversuche der Gothauer, mit Schonung und Ehrfurcht seine eigene centrale Thätigkeit, und erklärt sich für die entschiedene Linke. Man sollte nun meinen, er hätte es wenigstens bis zur Republik gebracht, aber er bleibt bei der „eigentlichen“ constitutionellen Monarchie stehen, obgleich er auf einen Dynastiewechsel anspielt, nach Art der Julirevolution. Das wäre also kein erheblicher principieller Fortschritt, um so mehr, da er die Hauptsache, nämlich die Angabe der Mittel, aus der scheinconstitutionellen in die eigentlich constitutionelle Monarchie zu gelangen, unbeachtet bei Seite liegen läßt. Er wendet sich mit seiner Arbeit „nicht an die bewußte Demokratie, auch nicht an die Gelehrten von Fach, sondern an Leute des praktischen Lebens.“ Die bewußte Demokratie ist also der Gegensatz der Leute des praktischen Lebens. Die Gelehrten von Fach sollen das Buch auch nicht lesen, weil sie gewohnt sind, über die Buchstaben hinaus zu denken; es ist nur für die Leute des praktischen Lebens bestimmt, d. h. für Diejenigen, welche in politiceis sehr leicht auf das Wort schwören und sich an die Phrase klammern, weil ihr praktisches Leben ihnen keine Zeit läßt, sich mit selbstständigem Urtheil um die Einzelheiten der Politik zu kümmern. Diesen Leuten sagt er in der Einleitung: „Als Beitrag zur Kritik der politischen Mittelparteien wird hier kein statistisches Material angehäuft, noch weniger eine Eintheilung und Charakteristik der einzelnen Gruppen durchgeführt — — nur die Vorurtheile, unklaren Begriffe und Widersprüche sämtlicher Mittelparteien sollen großentheils im Zusammenhang mit den wichtigsten Handlungen derselben beleuchtet werden u. s. w.“ Zu einer solchen Aufgabe der Identitätsphilosophie sind Bruno Bauer und Walter Rogge ungleich befähigter, als Herr von Unruh, theils wegen ihres größern Scharffsinnes, theils weil sie keine eigene politische Vergangenheit zu schonen haben. Herr v. Unruh wird doch immer zu einer Mittelpartei gehören, nicht allein, weil er die Communisten und die Galgenvögel von Profession stets links lassen wird, sondern auch, weil seine Natur eine vermittelnde ist, wie das Rogge ganz richtig auseinandergesetzt hat. Zur Aufklärung der praktischen Leute wird also sein Buch nicht viel beitragen, und seine eigene Position wird dadurch auch nicht geändert; er würde vergebens suchen, in die demokratische Masse eine wirkliche Disciplin einzuführen, und er würde unter seinen Glaubensgenossen Niemand finden, der ihn bei einer Regierungsübernahme unterstützen könnte, als Herrn von Kirchmann und Herrn Rodbertus, da ihm auch Waldeck und Temme noch immer zu weit links sein werden. Diese drei Männer werden aber unmöglich die ganze jetzige Verwaltung des Preussischen Staats ersetzen können, und er wird sich daher immer an den Geheimen-Raths-Liberalismus, an die Revolutionairs in Glacehandschuhen, an die Eigentlichen, an die Doctrinaires wenden müssen. Es wäre also zweckmäßiger

von ihm, wenn er das vor dem Eintritt einer solchen Krise thäte, da er doch eigentlich zu ihnen gehört, denn bei einer Partei kommt nicht bloß eine einzelne gemeinsame Abstraction, sondern die Totalität der gesammten Lebensanschauung in Betracht.

So ist es mit der Preussischen Demokratie beschaffen; für die Demokratie der Kleinstaaten ist es hinreichend charakteristisch, daß ein Mann wie Robert Blum zuerst die Sächssche, dann die reichsparlamentarische Linke mit unbedingter Autokratie beherrschen konnte, bloß durch sein natürliches Rednertalent und die Popularität, die seine Bonhommie bei dem kleinen Mann erlangt hatte, ohne alle Spur von politischer Kenntniß und Befähigung. Es bleibt also auch den verständigen Demokraten hier Nichts weiter übrig, als sich an die Liberalen anzuschließen. Das wird freilich der Eigensinn Derjenigen, die sich schon einer politischen Vergangenheit und ihrer Heldenkämpfe gegen die Gothaner rühmen können, ziemlich schwer machen, weil gerade in kleinen Verhältnissen der Eigensinn stets über den gesunden Menschenverstand herausgeht; aber es wird kein Unglück sein, wenn man die alten Größen überhaupt beseitigt, da sie doch vollständig an die Phrase verkauft und jeder weiteren Bildung unfähig sind.

W o c h e n s c h a u .

Die Industrie-Ausstellung aller Völker.)* — Der Krystallpalast mit seinen Wunderschätzen, ein Wunder, das nun Geschichte ist, hat zugleich seine eigene Geschichte. Schon ehe der lustige Bau eines industriellen Treibhauses in Mr. Paxtons kühnem Kopfe geboren war, nahm das Schicksal der Idee, zu deren Verwirklichung es einen sehr wesentlichen Theil beiträgt, wiederholt eine solche Gestalt an, daß es scheinen konnte, als würde die Sache bei einem gewöhnlichen Lustschloß ihr Bewenden haben. Als der Prinz Albert am 16. Juni 1849 in der Society of Arts, bei Gelegenheit der dort jährlich stattfindenden Preisvertheilung, die Zeit für herangereift erklärte, wo eine Ausstellung von Nutzen sein könne, und zur Verathung eines am 30. Juni von ihm vorgelegten Entwurfs, an dessen Zügen im Großen bei der Ausführung später festgehalten worden, ein Ausschuß der Society of Arts zusammengetreten war, bekam Derselbe auf das Verlangen der Niederlegung einer königlichen Commission zur Vertheilung von Preisen, die sich zusammen auf 20,000 Pfund Sterling belaufen sollten, von dem an den Verathungen Theil nehmenden Präsidenten des Board of Trade die Antwort, daß man vorerst die 20,000 Pfund Sterling aufbringen solle, indem es sich mit der Stellung einer königl. Commission und der Englischen Auffassung des Regierungsberufes nicht vereinige, daß dieselbe auch nur als Aushängeschild beim Beitragsammeln Einfluß auf die freie Privatthätigkeit ausübe. — Von zweifelhaftem Ausgang wäre der Weg der Agitation

*) Als Probe aus der neuerscheinenden Deutschen Ausgabe der Illustrated News aus-
zugsweise mitgetheilt.